

## **Beschluss des CDU-Landesvorstandes am 7. Oktober 2011 in Kiel**

# **Für ein starkes Europa der Bürger und der Staaten - im Interesse Schleswig-Holsteins und Deutschlands**

### **Positionspapier des Landesvorstandes der CDU Schleswig-Holstein**

Angesichts einer wachsenden Skepsis und Unsicherheit bezüglich der Ausrichtung der Europäischen Union (EU) im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Finanzkrise und den in diesem Rahmen ergriffenen Maßnahmen ist eine öffentliche, konstruktive, kritische Diskussion vonnöten. Diese Diskussion muss auf der Basis des europäischen Grundkonsenses zielorientiert und verantwortungsvoll geführt werden. Unsere gemeinsame Grundlage ist unser gemeinsamer Erfolg: die EU ist das nachhaltigste Friedensprojekt der europäischen Geschichte. Sie ist eine einzigartige Gemeinschaft, die zu mehr Freiheit, Sicherheit und Wohlstand auf unserem Kontinent beiträgt. Die EU hat immer neue Herausforderungen gemeistert. Sie hat einen Binnenmarkt und später eine gemeinsame Währung geschaffen. Sie hat einen gemeinsamen Rechtsraum aufgebaut. Sie hat durch die Wiedervereinigung Europas die Trennlinien auf unserem Kontinent endgültig überwunden. Auch die Deutsche Einheit war nur im Rahmen der EU-Integration möglich. Diese positiven Entwicklungen gilt es gemeinsam voran zu bringen. Dabei müssen allerdings vorhandene Defizite benannt und abgebaut werden. Wir müssen die Erfolge und Vorteile der europäischen Integration besser und intensiver vermitteln. Besonders positiv ist die im Vertrag von Lissabon verankerte Subsidiarität. Sie gilt es nun noch stärker als bisher mit Leben zu füllen. Unsere Vision der europäischen Zusammenarbeit muss fortgeschrieben und im Zuge der Globalisierung weiterentwickelt werden. Vorhandene Schwachstellen und Fehlentwicklungen in der öffentlichen Diskussion und bei europäischen Entscheidungsprozessen müssen wir offen ansprechen und politisch aufarbeiten.

Das Grundgesetz äußert die „Verwirklichung eines vereinten Europas“ als ausdrückliche Mahnung und Erinnerung. Für ein starkes Europa der Bürger und Staaten im Interesse Schleswig-Holsteins und Deutschlands - dazu gibt es keine Alternative!

### **1. Europa ist die entscheidende Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung**

Frankreich und Deutschland waren von Anfang an die Motoren im europäischen Einigungsprozess. Dies hat sich in vielen Bereichen bewährt und wird auch innerhalb der Europäischen Union überwiegend sehr begrüßt. Gerade im Bereich der europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik wird dies immer wichtiger, weshalb wir bereit sein müssen, innerhalb Europas, der Eurozone und darüber hinaus Führungsverantwortung zu übernehmen.

Wir haben nicht viel Zeit, Europa für die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen. Länder wie China, Indien und Brasilien dringen mit Macht nach vorne. Nur gemeinsam haben wir die Chance, auf Dauer unsere Werte und unseren Wohlstand zu verteidigen. Die gemeinsamen Interessen von 500 Millionen Europäern dürfen nicht auf der Strecke bleiben! Wenn es uns in Zeiten der Globalisierung nicht gelingt, gemeinsam mit den anderen EU-Staaten mit einer Stimme zu sprechen, werden andere zukünftig über uns bestimmen.

Die CDU Schleswig-Holsteins bekennt sich zu den europäischen Werten, Prinzipien und unserem Wirtschafts- und Sozialmodell. Nur ein starkes Europa, eine Solidargemeinschaft, in der Regionen und Mitgliedstaaten ausreichend Schutz erhalten, kann zur Bewahrung unserer nationalen und regionalen Identität beitragen.

## **2. Für ein Europa der Bürger und der Staaten**

Die verfassungs- und staatsrechtlichen Diskussionen über Europa als ein Bundesstaat, Staatenbund oder als die "Vereinigten Staaten von Europa" reichen nicht aus.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zum Vertrag von Maastricht von einem Staatenverbund gesprochen. Es handelt sich demnach um ein Projekt "sui generis", dessen Entwicklung in der Verantwortung der Mitgliedstaaten, also insbesondere auch der Parlamente, liegt. Mit dem Vertrag von Lissabon erhalten alle Bürger der EU-Mitgliedstaaten die Unionsbürgerschaft sowie Rechte, die in der Grundrechtecharta niedergelegt und einklagbar sind.

Angesichts der Globalisierung und der aktuellen Krisenbewältigung brauchen wir ein Mehr an Zusammenarbeit und Vertiefung in wichtigen Politikfeldern wie:

der Wirtschafts-, Haushalts- und der Finanzpolitik, der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Entwicklungsarbeit.

Die CDU will ein bürgernahes, die Zukunft der Bürger sicherndes Europa. Die Interessen der Bürger müssen jederzeit im Vordergrund stehen. Es muss besser kommuniziert werden, dass Bürger- und europäische Ebene sich nicht widersprechen, sondern ineinandergreifen. Stärker als bisher muss eine europäische Öffentlichkeit, auch mittels besserer und ausführlicherer Berichterstattung in den Medien, hergestellt werden.

## **3. Aus der Schuldenkrise lernen, heißt den Euro stärken**

Seit seiner Einführung vor 10 Jahren hat sich der Euro international als stabile Währung etabliert. Deutschland hat als Exportnation am meisten von der Schaffung des Europäischen Währungsraums ohne Wechselkursschwankungen profitiert.

Deutschlands Zukunft ist untrennbar mit der Zukunft Europas verbunden. Scheitert der Euro, scheitert Europa! Der Euro ist ein entscheidender Erfolgsfaktor und ein Garant für die wirtschaftliche Zukunft der Union.

Die Stabilität des Euro war durch die dramatische Situation der öffentlichen Haushalte in einigen EU-Mitgliedstaaten gefährdet. Darum wurden außergewöhnliche Rettungsmaßnahmen zur Stabilisierung des Euro auch aus deutscher Sicht unverzichtbar. Wir befinden uns nicht in einer Eurokrise, sondern in einer öffentlichen Schuldenkrise.

Die Rettungsmaßnahmen waren und sind kurzfristig unabwendbar, müssen jedoch in der Zukunft vermieden und an klare Bedingungen geknüpft werden. Durch die Krise ist deutlich geworden, dass die bestehenden Regelwerke bzw. ihre Anwendung nicht ausgereicht haben, um extremen Anforderungen gerecht zu werden. Die Schuldenkrise bietet dennoch auch die Chance, die Defizite der Vergangenheit klar zu benennen und durch langfristige Reformen zu lösen. Durch verbesserte Gesetzgebung und einen klaren Kurs zu einem nachhaltigen Schuldenabbau können und müssen Wachstumsimpulse gegeben werden.

Eine stärkere Koordinierung der nationalen Wirtschafts- und Finanzpolitiken innerhalb der Eurozone, mittel- und langfristig aber auch in der gesamten EU, ist für den Fortbestand der Gemeinschaft unerlässlich und bereits im Lissabon Vertrag vorgesehen (Artikel 119-122). Dem müssen die zuständigen Kommissare und Minister der Mitgliedstaaten stärker als bisher Rechnung tragen und die Umsetzung des Vertrages präzisieren.

Eurobonds im engeren Sinne sind kritisch zu beurteilen. Sie würden praktisch eine gemeinsame Schuldenaufnahme der Mitgliedstaaten der Eurozone bedeuten. Dies würde eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik und konkrete Durchgriffsrechte der Europäischen Institutionen auf die nationalen Haushalte im Konfliktfall erfordern. Ohne diese Voraussetzungen wären Eurobonds der sichere Weg in eine Transferunion. Notwendig sind dagegen eigenverantwortlicher Schuldenabbau, Reformbereitschaft und die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um die Mitgliedstaaten der Eurozone zu stabilisieren und nicht zum Spielball von intransparenten Märkten werden zu lassen.

Mit dem "Europäischen Semester"<sup>1</sup> wurde ein Instrument zur vorbeugenden Überwachung der nationalen Haushaltspolitiken geschaffen. Sein Ziel ist es, die nationalen Regierungen stärker in die Verantwortung zu nehmen, um drohende Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie gegen die Grundzüge der Wirtschaftspolitik von vornherein zu verhindern und die Ziele der "Strategie Europa 2020" zu erreichen.

Der "Euro-Plus-Pakt"<sup>2</sup> ist ein weiterer, wichtiger Schritt zur wirtschaftspolitischen Koordinierung und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten und der Eurozone als Ganzes.

Deutschland ist Wachstumsmotor und Stabilitätsanker in Europa. Wir müssen bei der Gestaltung der Zukunft Europas mit Zielen und Visionen voranschreiten. Es muss aber auch einen grundsätzlichen Wandel in den europäischen Mitgliedstaaten geben – von verantwortungsloser Schuldenanhäufung hin zu sensibler Investitionspolitik zum Wohl künftiger Generationen. Europa muss zu einer nachhaltigen Stabilitätsunion werden!

Deshalb ist die Einführung einer Schuldenbremse für alle EU-Mitgliedstaaten das Gebot der Stunde. Sie ist Grundvoraussetzung für weitere Solidarität. Wir brauchen bessere Sanktionsmechanismen, die automatisch zur Anwendung kommen müssen (Einfrieren von EU-Strukturfondsgeldern, Möglichkeit des geordneten Staatsbankrotts, Stimmrechtsentzug im Fall, dass der EuGH einen nachhaltigen Verstoß feststellt). Schrittweise, in einem klar definierten Zeitrahmen, muss man zur Einhaltung der Stabilitätskriterien zurückkehren. Diese Maßnahmen dürfen jedoch nicht zu einer Entparlamentarisierung der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik auf europäischer und nationalstaatlicher Ebene führen. Eine umfangreiche Beteiligung der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlaments ist sicherzustellen. Die Vorschläge zur Einsetzung eines EU-Finanzministers lehnt die CDU Schleswig-Holstein hingegen ab. Die Stärkung der vorhandenen Instrumente und Institutionen ist der bessere Weg.

#### **4. Strengere Regeln für die Finanzmärkte**

Die Krise hat den großen Einfluss der internationalen Finanzmärkte auf die nationale, europäische und globale Wirtschaft offenbart. Die EU hat bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, damit

---

<sup>1</sup> Mit dem "Europäischen Semester" wollen die Mitgliedstaaten ihre jährliche Haushaltsplanung stärker auf europäischer Ebene abstimmen. Weitere Informationen auf der Webseite des Bundesfinanzministerium: [http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft\\_\\_und\\_\\_Verwaltung/Europa/09032011\\_\\_Europaeisches\\_\\_Semester.html](http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft__und__Verwaltung/Europa/09032011__Europaeisches__Semester.html)

<sup>2</sup> Mit dem "Euro-Plus-Pakt" soll mittels besserer Koordinierung die Wettbewerbsfähigkeit der Euro-Staaten erhöht werden. Weiter Informationen auf der Webseite der Bundesregierung: <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/02MagazinWirtschaftArbeit/04/s-2-der-euro-plus-pakt.html>

sich eine derartige Krise nicht wiederholen kann. So wurden vom europäischen Gesetzgeber europaweite Regeln für Rating-Agenturen in Kraft gesetzt. Wir sind dafür, dass Europa das Oligopol der drei angloamerikanischen Rating-Agenturen durch eine eigene Rating-Agentur aufbrechen würde. Das alles reicht jedoch noch nicht aus!

Für risikoreiche Finanzmarktprodukte wie Leerverkäufe wird es künftig verbindliche EU-Standards geben. Das Europäische Parlament stimmte im Juli 2011 über einheitliche Regeln für die Beschränkung von Leerverkäufen und Kreditausfallversicherungen ab. Der Computerhandel muss zur Verhinderung überzogener Spekulationen entschleunigt werden.

Es wurden drei neue Finanzmarktaufsichtsbehörden gegründet. Sie haben die Aufgabe, die Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden zu intensivieren und ein einheitliches Aufsichtshandeln in Europa sicherzustellen. Das Europäische Parlament konnte ein aktives Mitspracherecht bei der Auswahl der Persönlichkeiten für die leitenden Funktionen der Aufsichtsbehörden sicherstellen.

Weitere neue, stabile, verlässliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Trotz dieser Erfolge und Reformen bleibt viel zu tun, um die Finanzmärkte besser zu kontrollieren und so die wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in der EU langfristig zu erhöhen. Ein Schritt um dies zu erreichen ist die Finanztransaktionssteuer. Sie sollte auf internationaler Ebene vereinbart werden. Notfalls müssen die EU und die gesamte Eurozone mit gutem Beispiel vorangehen, so dass sich diese Steuer auch auf internationaler Ebene durchsetzt.

#### **5. Weitere Integration und mehr Subsidiarität**

Die CDU Schleswig-Holsteins ist für eine vorurteilsfreie Diskussion über Vor- und Nachteile vertiefender Integrationschritte, welche auch mögliche Rückverlagerungen von Kompetenzen auf Mitgliedstaaten und Regionen im Sinne der Subsidiarität thematisiert. Dazu sollten sowohl der Bundestag, der Bundesrat, der Ausschuss der Regionen und der Ministerrat konkrete Vorschläge machen. Gerade jetzt dürfen den Mitgliedstaaten keine zusätzlichen bürokratischen Lasten auferlegt werden. Dem Erlass von europäischen Richtlinien und Verordnungen muss eine konkrete Folgenabschätzung für Wirtschaft, Haushalte, Verbraucher und Verwaltung vorausgehen. Neue administrative Kosten können nur hingenommen werden, wenn an anderer Stelle Bürokratie und Verwaltungskosten abgebaut werden.

#### **6. Konsolidierung hat Vorrang vor Erweiterung**

Zur Konsolidierung der EU der 27 Mitgliedstaaten gibt es keine Alternative. Sie hat Vorrang vor einer weiteren EU-Erweiterung. Es geht schlicht und einfach um die Handlungsfähigkeit der EU. Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU würde auf absehbare Zeit Europa maßlos überfordern und den europäischen Integrationsprozess nicht nur stoppen, sondern umkehren. Deshalb lehnt die CDU Schleswig-Holstein die Vollmitgliedschaft der Türkei ab und plädiert für eine privilegierte Partnerschaft.

#### **7. Europäisierung und Internationalisierung der Ausbildung**

Ein Land kann auf Dauer nur Erfolg haben, wenn es sich in Ausbildung und Verwaltung der Internationalisierung und Europäisierung stellt. Hier gibt es noch Nachholbedarf. Schon in der Schule sollte dasselbe Gewicht auf die Vermittlung von Sprachen und die Strukturen und Funktionsweise der Europäischen Union gelegt werden wie auf die Deutschlands. Bei Bachelor- und Masterstudiengängen brauchen wir eine offene Bestandsaufnahme und eine Diskussion über eventuellen Verbesserungsbedarf, ohne deren Qualität und das Niveau zu gefährden. Weiter sollten mehr Schulen an Austausch- und Partnerschaftsprogrammen wie LEONARDO teilnehmen, um die europäische Identität zu festigen. Europaorientierte Praktika sollten auch außerhalb der universitären Ausbildung

ausgeweitet werden. Der Bologna-Prozess zur Schaffung eines einheitlichen Europäischen Hochschulraums muss weiter vorangebracht werden.

#### **8. Die EU ist auf der Seite der Bürger und Verbraucher**

Die EU hat bereits viel im Sinne der europäischen Verbraucher erreicht. So wurden verschiedene Monopole aufgebrochen, Roamingkosten gedeckelt und der Verbraucherschutz bei Lebensmitteln erhöht. Gleichzeitig trug die EU entscheidend bei, die europäische Energie- und Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten. Dennoch gilt es, Überregulierungen, wie das von den Mitgliedstaaten im Alleingang beschlossene Glühbirnenverbot, in Zukunft zu vermeiden.

#### **9. Die EU auf internationaler Ebene stärken**

Europa muss mit einer Stimme in der Welt sprechen. Eine Vollmitgliedschaft der EU in internationalen Organisationen und Gremien, wie G8, G20, WTO und UNO ist hierfür erstrebenswert. Die vollständige Anerkennung in internationalen Gremien und dem UN-Sicherheitsrat steht noch aus, während auf WTO-Ebene Fortschritte erzielt wurden. Zur Vervollständigung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik sollte langfristig ein ständiger Sitz der EU im Weltsicherheitsrat angestrebt werden.

#### **10. Unsere Chancen in Europa nutzen**

Schleswig-Holstein ist ein Teil Europas und somit von allen Brüsseler Entscheidungen direkt oder indirekt betroffen. Für die Gestaltungsmöglichkeit der Landes- wie Kommunalpolitik setzt das heutige Europa häufig den Rahmen. Von daher bringt sich die CDU Schleswig-Holstein proaktiv in Zusammenarbeit mit den übrigen Ländern und dem Bund in europäische Diskussionen ein, formuliert Positionen, nimmt Stellung, entwickelt Programme, gestaltet Projekte und nutzt so die Chancen zur Gestaltung und Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten.

Als Land zwischen den Meeren ist die Nord- und Ostseezusammenarbeit für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung.

Die CDU Schleswig-Holstein begrüßt die Entwicklung einer Ostseestrategie durch die EU-Kommission. Durch enge Zusammenarbeit mit unseren Partnern im Ostseeraum wollen wir uns für Wachstum und Beschäftigung, Forschung und Entwicklung, Klima und Umwelt, Sicherheit und Recht einsetzen. Gerade im Bereich von Wissenschaft, Wirtschaft und Umwelt ergeben sich für Schleswig-Holstein enorme Potentiale.

Für die CDU Schleswig-Holstein ist daher Ostseepolitik Standortpolitik!

Auch für den Bereich der Nordsee streben wir eine eigene Strategie auf europäischer Ebene an. Mit unseren Nachbarländern Dänemark und den Niederlanden verbinden uns schon enge wirtschaftliche Beziehungen, auch mit Frankreich sind wir partnerschaftlich verbunden. Die strategische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene zum Wohle unserer Länder könnte jedoch auf einer strategischen Grundlage weiter intensiviert werden.

Von daher unterstützt die CDU Schleswig-Holstein die Etablierung einer umfassenden Meeresstrategie, die auch Belange der verstärkten Nordseekooperation berücksichtigt.

Die Nördliche Dimension bleibt auch aus schleswig-holsteinischer Sicht ein wichtiges Instrument für die Weiterentwicklung der Mehrebenen-Zusammenarbeit, insbesondere mit Russland.

Dänemark ist für Schleswig-Holstein der wichtigste Partner in Skandinavien und im Ostseeraum. 2010 wurden Waren für knapp 2,04 Milliarden Euro ins Nachbarland exportiert und für 2,67 Milliarden Euro eingeführt. Deshalb ist die weitere Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark für die schleswig-holsteinische Landesregierung ein zentrales Anliegen.

Mit ihrer Dänemarkstrategie setzt die Landesregierung auf eine verstärkte Kooperation mit Dänemark. Ziel ist, die Grenzregionen zu echten Wachstumszentren zu entwickeln und Europäische Struktur- und Fördermittel, insbesondere INTERREG-Mittel, effizienter auszunutzen, um durch geeignete Projekte Wachstum, Beschäftigung, Forschung und Entwicklung zu fördern. Die Landesregierung will dadurch Impulse geben, um sowohl den Jütland-Korridor als auch den Fehmarnbelt-Korridor nachhaltig zu stärken und die Kooperation der jeweiligen Akteure zu intensivieren.

Der Entwurf der Dänemarkstrategie wurde breit mit der dänischen Regierung sowie Verbänden und Interessenvertretungen beiderseits der Grenze diskutiert. Das endgültige Konzept, das die Strategiefelder Verkehr, Arbeits- und Auftragsmarkt, Sprachkompetenz, Hochschulkooperation, Gesundheit und Gesundheitswirtschaft, Energie- und Klimaschutz, Tourismus, Ernährungswirtschaft, EU-Förderstrukturen und Kultur umfassen wird, wird derzeit umgesetzt.

Die CDU Schleswig-Holstein unterstützt diese Position auf allen politischen Ebenen.

### **EUROPA-WERKSTATT Schleswig-Holstein**

Der ideelle und materielle Wert Europas für Schleswig-Holstein muss den Menschen stärker bewusst gemacht werden! Europa macht Politik für die Menschen. Darum sollten diese auch frühzeitig in den Meinungsbildungsprozess eingebunden werden. Zu diesem Zweck soll die Europa-Werkstatt ins Leben gerufen werden. Über die bisherigen Aktivitäten hinaus, soll im Rahmen von regelmäßigen Veranstaltungen und Ortsterminen in Schleswig-Holstein ein intensiver Austausch zwischen Vertretern aus den örtlichen Verbänden, der Wirtschaft, Arbeitnehmern und Verbrauchern mit den zuständigen CDU-Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europaparlament ermöglicht werden. Durch diese etwa zwölf jährlichen Treffen kann sich die Europa-Werkstatt zu einer festen Institution in Schleswig-Holstein entwickeln.

### **AG Europa des CDU-Landesvorstands**

Die vom CDU-Landesvorstand eingesetzte AG Europa erhält den Auftrag, sich als Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu etablieren. Sie soll bei Bedarf für den Landesvorstand Vorschläge zu europapolitischen Positionen (EU 2020 Strategie für Wachstum und Beschäftigung) erarbeiten.